

tendenz

radikaldemokratisches Jugendmagazin

Bundesdelegiertenkonferenz 15.-17.3.1991 Köln-Riehl

**Protokoll
Beschlüsse
Satzung
Geschäftsordnung**



Jungdemokraten

radikaldemokratisch und parteiunabhängig

Inhalt

Protokoll	Seite 4
Vatikan	Seite 17
Beschlüsse zur Vereinigung mit MJV-JL	Seite 17
Berufsverbote	Seite 17
Verfassungsgebende Versammlung	Seite 18
Satzung	Seite II
Geschäftsordnung	Seite XII
Kaum zu glauben.....	Seite 19
Die Saat geht auf	Seite 21
Internationaler Arbeitskreis (IAK).....	Seite 22
Jugendgästehaus Moskau	Seite 23
Kolonialismus.....	Seite 23
Internationales.....	Seite 24
Visabefreiung von Polen.....	Seite 29
Unabhängigkeit Sahrauis.....	Seite 29
Internationale Partner.....	Seite 30
Arbeitsprogramm	Seite 31
Kriegsdienstverweigerung	Seite 33
Bund für soziale Verteidigung (BSV)	Seite 33
Einladung zur Bundeskonferenz 92	Seite 34
Anmeldekarten.....	Seite 35

Liebe Freundinnen und Freunde!

Kurz vor der Bundesdelegiertenkonferenz 92 erreicht Euch eine weitere ganz besondere TENDENZ. In dieser Ausgabe findet Ihr das Protokoll und alle Beschlüsse der BDK 91. Abgerundet wird das Heft durch die Einladung zur BDK 92.

Und damit sind wir auch schon bei meinem Hauptanliegen. Die Bundesdelegiertenkonferenz 92 stellt einen Meilenstein für die weitere Entwicklung unseres Verbandes dar. Die Vereinigung mit der MJV-Junge Linke und damit der Zusammenschluß zweier linker Jugendverbände mit völlig unterschiedlichen geschichtlichen Hintergründen erteilt der Einverleibung der DDR und ihrer Organisationen eine deutliche Absage. JungdemokratInnen setzen auf ein gleichberechtigtes Zusammenwachsen, in das jeder Verband einen Teil seiner Identität miteinbringt und nicht gedankenlos das westdeutsche Modell übernommen wird.

Daß der Zeitpunkt der Vereinigung genau 10 Jahre nach unserer Trennung von der F.D.P. liegt, ist Anlaß genug, nicht nur auf die gemeinsame Zukunft zu schauen, sondern Fazit zu ziehen aus 10 jähriger parteiunabhängiger Jugendarbeit und nicht zuletzt dieses Jubiläum zu feiern.

Herbert Nieswandt
(Bundesschatzmeister)

Impressum

TENDENZ ist die Zeitschrift der Jungdemokraten.

Herausgeber ist der Bundesverband der Jungdemokraten - radikaldemokratischer Jugendverband.

Redaktion und Gestaltung dieser Ausgabe: Herbert Nieswandt (V.i.S.d.P.)

Verlags- und Redaktionsanschrift: Bundesverband der Jungdemokraten, Reuterstraße 44, 5300 Bonn, Tel.: 0228/210952, Fax: 0228/221594

TENDENZ wird gefördert vom Bundesministerium für Frauen und Jugend.

Druck: TIAMATT-Druck, Düsseldorf

Bei Unzustellbarkeit wegen Adressenänderung erfolgt die Rücksendung an den Herausgeber unter Angabe der geänderten Empfängeranschrift.

Protokoll

TOP 1: Formalia

Der Bundesvorsitzende **Markus Büchting** eröffnet die BDK am 16.03.91 um 10.55 Uhr. **Markus** stellt fest, daß ordnungsgemäß eingeladen wurde und daß die BDK mit 64 anwesenden Delegierten beschlußfähig ist.

Wahl des Präsidiums:

Es werden **Birgit Arens, Markus Büchting und Steffen Gerbsch** (Protokoll) vorgeschlagen und einstimmig gewählt.

Birgit Arens fragt, ob jemand etwas gegen eine quotierte Redeliste hat. Es erhebt sich Widerspruch.

Beschlußfassung über die Tagesordnung:

Der **Bundeshauptausschuß** schlägt folgende Tagesordnung vor:

- TOP 1: Formalia
- TOP 2: Rechenschaftsberichte
- TOP 3: Aussprache
- TOP 4: Entlastung des BuVo
- TOP 5: 1. Lesung der Anträge
- TOP 6: 2. Lesung der Anträge in den Arbeitsgruppen
- TOP 7: Plenumsdiskussion zu Vereinigung MJV-JL und Verhältnis zu den GRÜNEN
- TOP 8: 3. Lesung der Anträge
- TOP 9: Wahlen

Die Tagesordnung wird mit 32 ja, zwei nein bei einigen Enthaltungen angenommen.

Antrag Datenschutz (laut Satzung § 3a) wird mit einer Nein-Stimme bei fünf Enthaltungen mit Mehrheit angenommen.

TOP 2: Rechenschaftsberichte

Der Bundesvorsitzende **Markus Büchting** geht in seinem Rechenschaftsbericht auf den Golf-Krieg und auf die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ein. Anschließend geht er auf die Diskussion um einen Zusammenschluß mit der MJV-JL ausführlich ein.

Es liegen schriftliche Rechenschaftsberichte von **Patrick Donges** und **Udo Schücklenk** vor.

TOP 3: Aussprache

Aus Hamburg wird verlangt, daß Markus Büchting auf die geleistete Arbeit eingehen sollte.

Juliane Hilbricht ist der Meinung, daß ein Rechenschaftsbericht zukunftsweisend sein soll. Dem wurde der Bericht gerecht.

Markus Büchting entschuldigt sich dafür, daß er keinen gesonderten, schriftlichen Arbeitsbericht abgegeben hat. Er war die letzten Tage krank.

Thomas Hetzer schlägt vor die Aussprache kurz zu halten.

Einschub Mandatsprüfungskommission:

Die MPK hat sich auf folgendes Verfahren im Umgang mit den niedersächsischen Delegierten geeinigt: Das Frauenstatut des Landesverbandes NDS wird von der MPK anerkannt. Die Mindestquotierung findet keine Anwendung, d. h. alle Mandate können abgeholt werden.

TOP 4: Entlastung des BuVo

Der **BHA** empfiehlt der BDK die finanzielle Entlastung auf dem ersten BHA nach der BDK durchzuführen. Es wird Einzelentlastung gewünscht.

Markus Büchting wird bei vier Enthaltungen einstimmig entlastet. **Patrick Donges** wird gegen fünf Stimmen bei 15 Enthaltungen mit Mehrheit entlastet.

Juliane Hilbricht wird mit 34 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme bei 23 Enthaltungen entlastet.

Herbert Nieswandt wird bei zwei Enthaltungen einstimmig entlastet.

Udo Schücklenk wird mit 33 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen entlastet.

Axel Willius wird gegen drei Stimmen bei einigen Enthaltungen mit Mehrheit entlastet.

Christoph Ostermann wird mit 25 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen bei einigen Enthaltungen entlastet.

Alle Mitglieder des Bundesvorstandes wurden politisch entlastet.

TOP 5: 1. Lesung der Anträge

Folgende Anträge werden an die Arbeitsgruppen überwiesen:

A) AG ARBEITSPROGRAMM

A 01	LV Berlin	Allgemeines Arbeitsprogramm
A 02	LV HB	Sonder-Tendenz, Zeltlager
A 04	LV Berlin	Verlegung Geschäftsstelle
A 05	LV Berlin	BDK-Beschlußbroschüre (Antrag auf Nichtbefassung wird mit 27 Ja, 33 Nein und einigen Enthaltungen abgelehnt)
A 07 I	LV NRW	Notlösung
A 08 I	LV Hessen	Schatzmeisterseminar
A 09 I	LV Hessen	Verlegung BDK
A 10 I	LV Hessen	Wiederaufnahme BAK
S 06	LV Berlin	Neuformulierung Satzung § 1-3

B) AG BILDUNG

B 01 I	LV RLP	Schule ja - aber nicht so
B 02 I	LV RLP	Notenflugblatt

C) AG FRIEDEN

F 01 I	LV RLP	Golfkrieg
F 03 I	LV HH	Golfkrieg
F 04 I	LV NRW	Golfkrieg
F 05 I	LV NRW	KDV
A 06 I	LV RLP	Aufnahmeantrag BSV

D) AG INTERNATIONALES

I 01	LV Berlin	IAK
I 02	LV Berlin	Internationale Partner
I 03	LV Berlin	Jugendgästehaus Moskau
I 04 I	LV NRW	Kolonialismus
I 05 I	LV NRW	Internationales
I 06 I	LV Berlin	Visabefreiung von Polen
I 07 I	LV Hessen	Unabhängigkeit Sahrauis
I 08 I	LV HB	Vatikan (Antrag auf sofortige Abstimmung wird mit großer Mehrheit angenommen. Daraufhin wird der Antrag gegen eine Stimme, bei zwei Enthaltungen mit großer Mehrheit beschlossen. (Anlage 1))

E) AG MULTIKULTUR

M 02 I	LV RLP	Die Saat geht auf (Antrag auf Nichtbefassung wird mit großer Mehrheit abgelehnt)
M 03 I	LV RLP	Kaum zu glauben (Antrag auf Nichtbefassung wird mit großer Mehrheit abgelehnt)
M 04 I	LV Berlin	Multikulturelles
D 01	LV Berlin	Berufsverbote (Antrag auf Nichtbefassung wird gegen drei Ja-Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt)
D 03 I	LV RLP	Verfassungsgebende Versammlung

F) AG FRAUEN

Folgende Anträge werden vom Antragsteller zurückgezogen:

A 03	LV RLP	Grundsatzkommission/Geschäftsstelle
D 02	LV Berlin	Forderungskatalog Drogen
M 01	LV Berlin	Forderungskatalog Multikulturelles
S 07	LV RLP	Diverse Satzungsänderungen

Folgende Anträge werden Nichtbefaßt:

F 02 I	LV RLP	Baltikum (30-25-0)
S 01	LV HB	Satzung (25-20-0)
S 02	LV HB	Geschäftsordnung BuKo (25-17-0)
S 03	LV HB	Geschäftsordnung BuVo (Mit großer Mehrheit, bei einigen Gegenstimmen)
S 04	LV HB	Wahlordnung (31-27-0)
S 05	LV HB	Schiedsordnung (31-17-0)

Die BDK wird bis 14.00 Uhr unterbrochen.

TOP 6: 2. Lesung der Anträge in den Arbeitsgruppen

Fortsetzung der BDK im Plenum um 19.40 Uhr

Einschub Grußwort

Mohammed Nasal von der PLO

TOP 7: Plenumsdiskussion zu Vereinigung MJV-JL und Verhältnis zu den GRÜNEN

Die mjv bittet, daß die Konferenz zu erst mit der Diskussion über das Verhältnis zu den GRÜNEN beginnt. Der Antrag wird von einem Delegierten übernommen und gegen drei Nein-Stimmen, bei wenigen Enthaltungen angenommen.

1.) Diskussion Verhältnis zu den GRÜNEN

Es wird sowohl die Position vertreten, daß wir mit den GRÜNEN nicht zusammenarbeiten sollten, als auch die Position, daß die Anbindung und die Zusammenarbeit mit den GRÜNEN verstärkt werden muß.

2.) Diskussion Vereinigung mit MJV-JL

Es wird sich auf folgendes Verfahren geeinigt: Eine Vertreterin der mjv-jl hat die Möglichkeit einen Redebeitrag zu halten, anschließend gibt es eine Redezeitbegrenzung von 3 Minuten. Es wird beschlossen, daß spätestens um 00.45 Uhr Schluß mit der Diskussion ist.

Katharina Tanneberger stellt kurz die Geschichte und Inhalte der mjv-jl vor. Das Spektrum reicht von grün bis kommunistisch. Die Parteienabhängigkeit ist für die mjv sehr wichtig. Es gibt viele Doppelmitgliedschaften mit der PDS, die mjv ist allerdings strukturell nicht an eine Partei gebunden. Sie sind konsequente VerfechterInnen der Basisdemokratie. Altersdurchschnitt ist ca. 19 Jahre, die Altersgrenze ist 30. Sie sind antiautoritär, d. h. es gibt keine Weisungsgebundenheit an die Untergliederungen. Die mjv hat beschlossen, daß sie prinzipiell für eine Vereinigung mit den djd eintritt. Eine endgültige Entscheidung wird auf der Vertreter

konferenz im Frühjahr getroffen. Sie kritisieren, daß Teile der djd einen "kalten" Anschluß mit der mjv anstreben.

Einzelnen Landesverbände geben ihre Position zu der geplanten Vereinigung zum Besten.

Antrag auf Ende der Debatte gegen neun Ja-Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Antrag auf Vertagung wird mit 19 Ja gegen 15 Nein angenommen.

Die BDK vertagt sich auf Sonntag 9.15 Uhr.

Fortsetzung der BDK am Sonntag um 9.45 Uhr

Antrag auf Schluß der Debatte und sofortigen Beginn der 3. Lesung der Anträge wird mit Mehrheit abgelehnt.

Antrag auf ½ stündige Unterbrechung der BDK wird mit Mehrheit abgelehnt.

Fortsetzung der Diskussion Vereinigung mit MJV-JL vom Vortag.

Oliver Brüchert (HES) stellt folgenden Antrag, der mit Mehrheit angenommen wird:

Die BDK beauftragt den BuVo im Sommer 1991 ein Grundsatzseminar gemeinsam mit der mjv durchzuführen (Anlage 2)

Der LV HH stellt folgenden Antrag, der gegen eine Stimme, bei wenigen Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen wird:

Die Jungdemokraten begrüßen den Beschluß der Konferenz der mjv mit den DJD zusammenzugehen. Die DJD werden ihrerseits auf allen Ebenen auf einen Zusammenschluß mit der MJV hinarbeiten.(Anlage 2)

Markus Büchting stellt folgenden Antrag, der gegen eine Stimme, bei vielen Enthaltungen mit Mehrheit angenommen wird:

Die BDK erklärt sich einverstanden mit den Ergebnissen der bisherigen Arbeit der Verhandlungskommission.(Anlage 2)

TOP 8: 3. Lesung der Anträge

Es wird ein Bericht aus der Arbeitsgruppe Multikultur gehalten und anschließend die in diese AG überwiesenen Anträge befaßt.

- D 01 LV Berlin Berufsverbote (wird gegen vier Nein, bei einer Enthaltung angenommen (Anlage 3))
D 03 I LV RLP Verfassungsgebende Versammlung (wird mit 18 Ja, drei Nein und vier Enthaltungen angenommen (Anlage 4))
M 04 I LV Berlin Multikulturelles (wird mit Mehrheit an den BHA überwiesen)
M 03 I LV RLP Kaum zu glauben (wird bei zwei Enthaltungen einstimmig angenommen (Anlage 5))
M 02 I LV RLP Die Saat geht auf (wird bei zwei Enthaltungen einstimmig angenommen (Anlage 6))

Im Anschluß an einen Bericht aus der Arbeitsgruppe Internationales werden die in diese AG überwiesenen Anträge befaßt.

- I 01 LV Berlin IAK (Antrag wird mit Mehrheit angenommen (Anlage 7))

Antrag auf Unterbrechung der BDK wird mit Mehrheit abgelehnt.

- I 03 LV Berlin Jugendgästehaus Moskau (Antrag wird mit Mehrheit angenommen (Anlage 8))
I 04 I LV NRW Kolonialismus (Antrag wird mit Mehrheit angenommen (Anlage 9))
I 05 I LV NRW Internationales (Antrag wird mit Mehrheit angenommen (Anlage 10))
I 06 I LV Berlin Visabefreiung von Polen (Antrag wird einstimmig bei drei Enthaltungen angenommen (Anlage 11))
I 07 I LV Hessen Unabhängigkeit Sahrauis (Antrag wird einstimmig bei einer Enthaltung angenommen (Anlage 12))
I 02 LV Berlin Internationale Partner (Antrag wird mit Änderungen, bei zwei Enthaltungen einstimmig angenommen (Anlage 13))

Es wird ein Bericht aus der Arbeitsgruppe Frauen gehalten und anschließend ein in dieser AG erarbeiteter Antrag befaßt.

- FF 01 I LV Nds & 218 (Antrag wird mit 13 Ja, 22 Nein und sieben Enthaltungen abgelehnt)

Einschub: Begrüßung internationale Gäste

Vertreter vom International Discussion Club Moscow
Marcel Grobben (Weltbund der demokratischen Jugend und Allgemeiner Niederländischer Jugendverband)
VertreterInnen eines polnischen Studentenverbandes.

Im Anschluß an einen Bericht aus der Arbeitsgruppe Arbeitsprogramm werden die in diese AG überwiesenen Anträge befaßt.

- S 06 LV Berlin Neuformulierung Satzung § 1- 3

Antrag auf abschnittsweise Abstimmung wird mit Mehrheit angenommen

Abschnitt I: § 1 Der Verband führt den Namen "Bundesverband der Jungdemokraten - radikaldemokratischer Jugendverband e.V." und hat seinen Sitz in Bonn (Der Antrag wird mit satzungsändernder Mehrheit von 68 Ja und einer Enthaltung einstimmig angenommen (Anlage Satzung))

Antrag auf Vertagung aller weiteren satzungsändernden Anträge, weil inzwischen einige Delegierte abgereist sind und keine satzungsändernde Mehrheit mehr zu Stande kommen kann, wird Ohne Gegenrede angenommen.

- A 07 I LV NRW Notlösung

Es liegt ein schriftlicher Änderungsantrag vor

Antrag auf Trennung der Abstimmungsfrage in Änderungsantrag Punkt 5 und Änderungsantrag Rest wird ohne Gegenrede angenommen.

Änderungsantrag Punkt 5 wird mit 38 Ja, 24 Nein und zwei Enthaltungen angenommen.

Alle anderen Punkte des Änderungsantrages werden bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.

- A 07 I LV NRW Notlösung (Antrag mit Änderungen wird bei zwei Enthaltungen einstimmig angenommen (Anlage 14))

Antrag auf Überweisung folgender Anträge an den BHA wird ohne Gegenrede angenommen:

- A 01 LV Berlin Allgemeines Arbeitsprogramm
A 02 LV HB Sonder-Tendenz, Zeltlager
A 04 LV Berlin Verlegung Geschäftsstelle

- A 05 | LV Berlin | BDK-Beschlußbroschüre
- A 08 | LV Hessen | Schatzmeisterseminar
- A 09 | LV Hessen | Verlegung BDK
- A 10 | LV Hessen | Wiederaufnahme BAK

Es wird ein Bericht aus der Arbeitsgruppe Frieden gehalten und anschließend die in diese AG überwiesenen Anträge befaßt.

- F 05 | LV NRW | KDV (Antrag wird mit Änderungen mit 24 Ja und 15 Enthaltungen einstimmig angenommen (Anlage 15))
- A 06 | LV RLP | Aufnahmeantrag BSV (Antrag wird mit 24 Ja, zwei Nein und 20 Enthaltungen angenommen (Anlage 16))

Antrag auf Überweisung folgender Anträge an den BHA wird ohne Gegenrede angenommen:

- F 01 | LV RLP | Golfkrieg
- F 03 | LV HH | Golfkrieg
- F 04 | LV NRW | Golfkrieg
- B 01 | LV RLP | Schule ja - aber nicht so
- B 02 | LV RLP | Notenflugblatt

TOP 9: Wahlen

Für den Wahlausschuß kandidieren folgende Mitglieder und werden einstimmig gewählt.:

- Lars Krüger | LV HB
- Wolfgang Lorbach | LV NRW
- Stefan Butz | LV RLP
- Frank Kaiser | LV Berlin
- Marco Staats | LV Nds
- Patrick Donges | LV HH
- Friemi Dimpel | LV Bay
- Oliver Brüchert | LV Hes

Antrag auf 15 minütige Unterbrechung der BDK wird mit Mehrheit angenommen.

Jürgen Bast stellt den Antrag, die Zahl der Bundesvorstandsmitglieder auf bis zu acht festzulegen.

Ernst Christoph Stolper stellt den Antrag, die Zahl der Bundesvorstandsmitglieder auf bis zu fünf festzulegen.

Jürgens Antrag wird mit 37 Ja und 24 Nein angenommen. Ernst Christophs Antrag ist damit abgelehnt.

A) WAHL EINER ODER EINES BUNDESVORSITZENDEN:

Die KandidatInnenliste wird eröffnet. Es wird **Herbert Nieswandt** vorgeschlagen. **Herbert** erklärt, daß er nicht kandidiert. Es gibt keine Kandidatur.

Ein Antrag mit der Wahl einer oder eines stellv. Bundesvorsitzenden zu beginnen wird mit Mehrheit angenommen.

B) WAHL EINER ODER EINES STELLV. BUNDESVORSITZENDEN:

Die KandidatInnenliste wird eröffnet. Es wird **Sandra Maschke** vorgeschlagen. **Sandra** ist nicht anwesend, weil sie sich im Krankenhaus befindet. Es liegt eine schriftliche Bewerbung vor, die von **Wendy Maschke** verlesen wird. **Sandra** erklärt in ihrer Bewerbung ihre Kandidatur mit dem Schwerpunkt Internationales Ost. Die KandidatInnenliste wird geschlossen.

Im ersten Wahlgang werden 57 Stimmen abgegeben.

Ja: 46 Nein: 6 Enth.: 4 ungültig: 1

Sandra erreicht im ersten Wahlgang nicht das nötige Quorum von 51 Stimmen.

Im zweiten Wahlgang werden 56 Stimmen abgegeben.

Ja: 49 Nein: 5 Enth.: 2 ungültig: 0

Sandra erreicht im zweiten Wahlgang nicht das nötige Quorum von 51 Stimmen.

Im dritten Wahlgang werden 55 Stimmen abgegeben.

Ja: 48 Nein: 5 Enth.: 1 ungültig: 1

Sandra Maschke wird im dritten Wahlgang zur stellv. Bundesvorsitzenden gewählt. Das Quorum beträgt 28 Stimmen. Sie nimmt die Wahl an.

Markus Büchting legt sein Amt als BDK-Präsident nieder.

Ein Antrag mit der Wahl einer Schatzmeisterin oder eines Schatzmeisters fortzuführen wird mit 22 Ja, einigen Nein und einigen Enthaltungen angenommen.

C) WAHL EINER SCHATZMEISTERIN ODER EINES SCHATZMEISTERS:

Die KandidatInnenliste wird eröffnet. Es wird **Stefan Pompel** vorgeschlagen. **Stefan** erklärt seine Kandidatur. Die KandidatInnenliste wird geschlossen.

Im ersten Wahlgang werden 55 Stimmen abgegeben.
Ja: 40 Nein: 10 Enth.: 4 ungültig: 1

Stefan erreicht im ersten Wahlgang nicht das nötige Quorum von 51 Stimmen.

Im zweiten Wahlgang werden 52 Stimmen abgegeben.
Ja: 42 Nein: 7 Enth.: 2 ungültig: 1

Stefan erreicht im zweiten Wahlgang nicht das nötige Quorum von 51 Stimmen.

Im dritten Wahlgang werden 52 Stimmen abgegeben.
Ja: 40 Nein: 9 Enth.: 2 ungültig: 1

Stefan Pompel wird im dritten Wahlgang zum Bundesschatzmeister gewählt. Das Quorum beträgt 26 Stimmen. Er nimmt die Wahl an.

A) WAHL EINER ODER EINES BUNDESVORSITZENDEN:

Die KandidatInnenliste wird eröffnet. Es wird **Herbert Nieswandt** vorgeschlagen. **Herbert** erklärt seine Kandidatur. Die KandidatInnenliste wird geschlossen.

Im ersten Wahlgang werden 54 Stimmen abgegeben.
Ja: 51 Nein: 1 Enth.: 0 ungültig: 2

Herbert Nieswandt wird im ersten Wahlgang zum Bundesvorsitzenden gewählt. Das Quorum beträgt 51 Stimmen. Er nimmt die Wahl an.

D) WAHL EINER ODER EINES STELLV. BUNDESVORSITZENDEN:

Die KandidatInnenliste wird eröffnet. Es werden **Lambert Heller** und **Susanne Schulte** vorgeschlagen. **Lambert** erklärt seine Kandidatur mit dem Schwerpunkt Grund- und Freiheitsrechte. **Susanne** erklärt ihre Kandidatur mit dem Schwerpunkt Internationales-West. Die KandidatInnenliste wird geschlossen.

Im ersten Wahlgang werden 56 Stimmen abgegeben.
Lambert: 31 Susanne: 24 Nein:...1 Enth.: 0 ungültig: 0

Beide erreichen im ersten Wahlgang nicht das nötige Quorum von 51 Stimmen.

Im zweiten Wahlgang werden 54 Stimmen abgegeben.
Lambert: 33 Susanne: 21 Nein:...0 Enth.: 0 ungültig: 0

Beide erreichen im zweiten Wahlgang nicht das nötige Quorum von 51 Stimmen.

Im dritten Wahlgang werden 55 Stimmen abgegeben.
Lambert: 32 Susanne: 20 Nein:...0 Enth.: 0 ungültig: 3

Lambert Heller wird im dritten Wahlgang zum stellv. Bundesvorsitzenden gewählt. Das Quorum beträgt 28 Stimmen. Er nimmt die Wahl an.

E) WAHL EINER ODER EINES STELLV. BUNDESVORSITZENDEN:

Die KandidatInnenliste wird eröffnet. Es wird **Frank Drescher** vorgeschlagen. **Frank** erklärt seine Kandidatur mit dem Schwerpunkt SchülerInnen. Die KandidatInnenliste wird geschlossen.

Im ersten Wahlgang werden 53 Stimmen abgegeben.
Ja: 37 Nein: 13 Enth.: 2 ungültig: 1

Frank erreicht im ersten Wahlgang nicht das nötige Quorum von 51 Stimmen.

Im zweiten Wahlgang werden 52 Stimmen abgegeben.
Ja: 44 Nein: 6 Enth.: 0 ungültig: 2

Frank erreicht im zweiten Wahlgang nicht das nötige Quorum von 51 Stimmen.

Im dritten Wahlgang werden 39 Stimmen abgegeben.
Ja: 27 Nein: 11 Enth.: 0 ungültig: 1

Frank Drescher wird im dritten Wahlgang zum stellv. Bundesvorsitzenden gewählt. Das Quorum beträgt 20 Stimmen. Er nimmt die Wahl an.

F) WAHL EINER ODER EINES STELLV. BUNDESVORSITZENDEN:

Die KandidatInnenliste wird eröffnet. Es wird **Susanne Schulte** vorgeschlagen. **Susanne** erklärt ihre Kandidatur mit dem Schwerpunkt Internationales-Ost. Die KandidatInnenliste wird geschlossen.

Im ersten Wahlgang werden 53 Stimmen abgegeben.
Ja: 41 Nein: 9 Enth.: 2 ungültig: 0

Susanne erreicht im ersten Wahlgang nicht das nötige Quorum von 51 Stimmen.

Im zweiten Wahlgang werden 52 Stimmen abgegeben.
Ja: 41 Nein: 7 Enth.: 2 ungültig: 0

Susanne erreicht im zweiten Wahlgang nicht das nötige Quorum von 51 Stimmen.

Im dritten Wahlgang werden 39 Stimmen abgegeben.

Ja: 31 Nein: 7 Enth.: 0 ungültig: 1

Susanne Schulte wird im dritten Wahlgang zur stellv. Bundesvorsitzenden gewählt. Das Quorum beträgt 20 Stimmen. Sie nimmt die Wahl an.

Antrag auf Ende der BDK wird mit zwölf Ja, acht Nein und einer Enthaltung angenommen.

Die BDK wird um 17,55 Uhr beendet.

Für die Richtigkeit

gez. **Markus Büchting**
(BDK-Präsident)

gez. **Steffen Gerbsch**
(Protokoll)

Anlage 1:

Vatikan

Die JungdemokratInnen fordern die Bundesregierung auf, unverzüglich sämtliche diplomatische Beziehungen zum Heiligen Stuhl abzubrechen.

Anlage 2:

Beschlüsse zur Vereinigung mit MJV-JL

Die BDK beauftragt den BuVo im Sommer 1991 ein Grundsatzseminar gemeinsam mit der mJV durchzuführen

Die Jungdemokraten begrüßen den Beschluß der Konferenz der mJV mit den DJD zusammenzugehen. Die DJD werden ihrerseits auf allen Ebenen auf einen Zusammenschluß mit der MJV hinarbeiten.

Die BDK erklärt sich einverstanden mit den Ergebnissen der bisherigen Arbeit der Verhandlungskommission.

Anlage 3:

Berufsverbote

"Die innere Sicherheit steht weiterhin vor einer täglichen Bewährungsprobe. Zwar ist es in der Vergangenheit weitgehend gelungen, Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten, doch hat der bisherige Prozeß der Deutschen Einheit unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung vor neue gewaltige Aufgaben gestellt.

Mitglieder der SED, die heute als PDS getarnt agiert, sitzen immer noch in Behörden und Ämtern der fünf neuen Bundesländer und der Berliner Ost-Bezirke. Zwei der ehemals 2,3 Millionen Parteimitglieder sind bereits in die Halb- und Illegalität abgetaucht, versuchen sich so den Verfassungsschutzbehörden zu entziehen. Einige andere versuchen gar unter dem Schutz der parlamentarischen Immunität unsere Verfassungsinstitutionen zu unterminieren.

Kurz: Die Annahme wird immer wahrscheinlicher, daß sich Bundesbürger nicht mehr dem Kontakt und dem Einfluß von Kommunisten entziehen können. Begeg-

nungen auf der Straße, in der Eisenbahn, bei Familienfeiern und Sportereignissen, anlässlich von Demonstrationen und Bundestagssitzungen sind nur die Spitze eines Eisberges, unter dem sich die gesamte Bevölkerung der BRD verbergen könnte.

Selbst die Mitglieder der Bundes- und Landesregierungen, obwohl gut bewacht und von der Bevölkerung fast hermetisch abgeschirmt, sind inzwischen der ständigen Gefahr der Infiltration und Indoktrinierung durch Händeschütteln, Parlamentsdebatten, Galadiners und gemeinsame Nutzung sanitärer Einrichtungen ausgesetzt.

Es bleibt also niemand unberührt. Die sich daraus ergebenden Gefahren für die innere und äußere Sicherheit können nur mittels durchgreifender und umfassender Maßnahmen begegnet werden: Berufsverbot für alle. Das kann allerdings nicht ohne Folgen für das öffentliche und private Leben in der Bundesrepublik bleiben.

Die allgemeine Arbeitslosigkeit, auch wenn sie politisch gewollt ist, gefährdet die soziale Verfassung unserer Bundesrepublik, die in Artikel 20, Absatz eins, unseres Grundgesetzes unverbindlich garantiert wird: "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat."

Aufgabe der politisch Verantwortlichen ist es also, sozialen Schaden, der durch staatliches Handeln entsteht, aufzuheben und in seinen Ursachen zu beseitigen. Außerdem ist es der erklärte Wille aller demokratischen Parteien, Auseinandersetzungen politisch zu führen und politisch bedingten materiellen Schaden von den Betroffenen abzuwenden.

Daher kann die Forderung aller Jungdemokraten und Demokraten nur lauten:

Berufsverbot für alle bei vollem Lohnausgleich"

Anlage 4:

Verfassungsgebende Versammlung

Die Jungdemokraten unterstützen den Aufruf des "Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder".

Satzung Geschäftsordnung



Jungdemokraten

radikaldemokratisch und parteiunabhängig

Anlage 5:

Kaum zu glauben

Stellen sie sich vor: Sie leben und arbeiten im Ausland und ...

...Sie sind verheiratet, haben ein Kind und erwarten ein weiteres. Ihre Wohnung hat aber nur 42 qm - zu wenig für 4 Personen. Gehen Sie zum Einwohnermeldeamt. Weisen Sie zuerst "ausreichenden Wohnraum" nach.

...Sie wollen ihre Kinder nachziehen lassen, weil dies nur bis zum 16. Lebensjahr möglich ist. Die Behörde verweigert aber die Familienzusammenführung, weil Ihre Wohnung um 4 qm zu klein ist!

...Sie nehmen an einer Demonstration teil, in der gegen die Arbeitslosigkeit in ihrem Heimatland protestiert wird. Sie werden verhaftet und ausgewiesen mit der Begründung: "Ihre politische Betätigung belastet außenpolitische Interessen Ihres Aufenthaltslandes!"

...Sie werden als potentieller Störenfried und als Gefahr für die öffentliche Sicherheit angesehen. Zur "Risikovorsorge" sind alle Beratungs- und Betreuungsstellen sowie sonstige öffentliche Einrichtungen, bei denen Sie vielleicht um Rat und Beistand nachsuchen, verpflichtet, darüber der Polizei Mitteilung zu machen!

Alles Unsinn ?

Ja, denn das alles kann Ihnen im Ausland nicht passieren.

Nein, denn das alles passiert der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland!

Der philippinischen Krankenschwester. Der türkischen Auszubildenden. Dem jugoslawischen Maurer. Dem iranischen Mitschüler...

...aber so steht es geschrieben im deutschen Ausländergesetz!

Das deutsche Ausländerrecht ist ein Gesetz der Abwehr und der Einschüchterung. Es ist konzipiert für - besser gesagt gegen - den ausländischen Mitbürger: Es formuliert peinlich genau, wann jemand ausgewiesen werden darf. Wann jemand das Recht hat zu bleiben, darüber findet man nichts. Das Ausländergesetz kennt den Ausländer nur als Ausländer: Er kennt ihn nicht als Vater oder Mutter, es kennt keine Kinder, keine Familie.

Der Innenminister der Bundesregierung bezeichnet dieses Gesetz als "Ausdruck der ausländerfreundlichen Haltung des deutschen Volkes gegenüber seinen ausländischen Gästen."

Wahr ist die Festschreibung von Menschen, nur - oder gerade weil sie Ausländer sind! Kein Land dieser Erde droht der ausländischen Bevölkerung z.B. an:

- daß diese nur dann mit ihren Kindern und Ehegatten zusammenwohnen dürfen, wenn eine Behörde ihnen "ausreichenden Wohnraum" bescheinigt. Anstatt den Wohnungsbau zu fördern, wird die Wohnungsnot zur Ausgrenzung und Vertreibung genutzt.
- daß der einzige Weg zu mehr sozialen und politischen Rechten für sie nur über Einbürgerung möglich ist. Die ist aber kompliziert, teuer und bleibt nur der "Elite" vorbehalten. Die anderen aber bleiben rechtlos.
- daß jederzeit das Aufenthaltsrecht von Ausländern befristet, versagt, widerrufen, beendet und mit Auflagen versehen werden kann. Damit wird bewußt eine sinnvolle Lebensplanung von Menschen unterbunden.
- daß die "Schweigepflicht" nur für Deutsche gilt. Alle öffentlichen Stellen sind gesetzlich verpflichtet, alle Vorgänge, die Ausländer betreffen, der Polizei zu melden! Alle Behörden haben Zugriff zu diesen Informationen. Damit sind Ausländer einer totalen Datenerfassung ausgeliefert.

Nein! Solche Gesetze wollen wir nicht!

Keines, daß Menschen noch weiter ausgrenzt, ihnen keinen Anspruch auf menschenwürdige Lebensbedingungen und politische Mitwirkung zuerkennt, sie ausschließlich als Sündenbock für eine verfehlte Sozialpolitik verantwortlich macht und sie als Objekte wirtschaftlicher Nutzbarkeit ansieht, die bei Bedarf abgeschoben werden sollen.

Jungdemokraten lehnen Gesetze, die aus Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit, Arbeitsmisere und Bildungsnotstand ein Problem zwischen Deutschen und Ausländern machen grundsätzlich ab. Unterschiedliche Gesetze für Menschen in einem Land bedeuten nationalistische Stimmung, Ausgrenzung und Haß. Spaltet die Opfer von Wirtschaftsinteressen und erschwert Solidarität und Toleranz.

Für eine gemeinsame Zukunft - Gegen Sondergesetze!

Anlage 6:

Die Saat geht auf

Der Ausländerhaß ist kein nächtliches Phänomen mehr, daß nur Wände beschiert. Längst hat er die Heimlichkeit vollends abgelegt: Der Ausländerhaß kommt nicht nur frei per Postwurfsendung oder fährt im Stadtbus, um dort ungehört zu pöbeln. Der Ausländerhaß hat seine Partei gefunden, die allen Ärger des Alltags auf "Ausländer raus" vereinfacht und ihn als "geläuterten Patriotismus" präsentiert.

Die politische Öffentlichkeit schaut weg. Die Konservativen sind konsterniert. Doch schuldlos sind sie nicht. Jahrelang haben gerade sie die Vorurteile genährt und gestärkt, ein angsterregendes Spiel mit Worten und Zahlen getrieben: Wie oft haben sie von Ausländern nur im Katastrophenjargon gesprochen, von "Dammbruch" geredet, von der "Ausländerschwemme", von den "Flüchtlingsfluten"! Sie haben nur noch Statistiken publiziert und die Schicksale vergessen.

Leo Schönberg, rheinland-pfälzischer CDU-Staatssekretär formuliert diese Politik in Kurzfassung: "Wir haben die Endlösung der Ausländerfrage noch nicht gefunden". Ausländerpolitik blieb gerade deshalb bloße Arbeitsmarktpolitik, und Integration blieb ein Fremdwort. Man tut so, als könne man eine 20 jährige exzessive Anwerbung von Arbeitskräften fast folgenlos rückgängig machen.

Flüchtlingspolitik hat sich mehr und mehr auf Abschreckung beschränkt. Aufklärung über die Dimension des Weltflüchtlingsproblems fand und findet nicht statt. So als müsse die Bundesrepublik Deutschland allein die Not der Welt ertragen.

Jahrelang wurden und werden Ressentiments gefüttert. Freilich, daß diese Feindseligkeiten die Aussiedler und "Übersiedler" treffen, wollen die konservativen Politiker verhindern. Es ist vergeblich: wer jahrelang gepredigt hat, daß das "Boot voll ist", findet keinen Glauben mehr, wenn er plötzlich das Gegenteil behauptet. Die mitgeschürte Angst davor, die Fremden könnten unseren Wohlstand auffressen, unterscheidet nicht mehr nach Flüchtlingen, Ausländern, Aus- und Übersiedlern.

Bedenkenlos übersetzen Politiker fremdenfeindliche Animositäten in ein parlamentarisches Vokabular: Die bösen Worte vom "Asyltourismus" und vom "Wirtschaftsasylanten" gehören hierher. So als wäre Asyl eine kreuzfidele Angelegenheit und für die Ärmsten der Welt so eine Art Jahresurlaub. Die Politik will sich nicht daran erinnern, welchen Vorgänger der Begriff Wirtschaftsasylant hat: Als "Wirtschaftsemmigranten" wurden in der Zeit des Dritten Reiches die Juden

bezeichnet, die auf der Flucht vor den Konzentrationslagern waren. An eine "wirkliche Verfolgung" mochte man damals in vielen Ländern nicht glauben. Es scheint, als habe man daraus bis heute nichts gelernt.

"Asylmißbrauch" ist stattdessen zu ihrem beliebtesten Wort geworden, aber 95 Prozent aller Asylbewerber beschimpfen sie als Simulanten, nur weil diese die Kriterien nicht mehr erfüllen können, die jahrelang immer spitzfindiger definiert wurden. Ist es Mißbrauch, wenn ein Flüchtling, der vor Folter flieht, Asyl nach Artikel 16 des Grundgesetzes beantragt - aber schließlich, weil juristische Haarspalterei es so will, nur Abschiebeschutz nach anderen Vorschriften erhält? Trotzdem reden die Politiker von CDU/CSU, FDP und SPD weiterhin verantwortungslos vom massenhaften Mißbrauch und Lafontaine wie Späth plakatieren die Abschaffung des Asylrechts als Allheilmittel. Schnelle Lösungen gibt es aber nicht. Die Abschreckungspolitik hat versagt - und die Abschaffung des Asylrechts verspricht weder Erfolg noch ist sie durchsetzbar.

Doch Marktschreier haben nur kurzfristigen Erfolg. Darin sind die Republikaner nicht zu überbieten. Lafontaine und Späth sollten aber das Schönhuber Gerede nicht dadurch seriös machen, indem sie es einfach nachplappern.

Statt dessen wäre es Zeit dafür, der Öffentlichkeit Wahrheiten zu sagen: Vom großen Flüchtlingsstrom tröpfelt in die Bundesrepublik weniger als ein Prozent. Und der Anteil der anerkannten Flüchtlinge liegt in allen vergleichbaren Staaten dieser Erde wesentlich höher als bei uns.

Anlage 7:

Internationaler Arbeitskreis (IAK)

"Der Bundesvorstand lädt zur konstituierenden Sitzung eines Internationalen Arbeitskreises (IAK) für spätestens das letzte Aprilwochenende 1991 ein.

Der IAK besteht aus je einer/m Delegierten der Landesverbände und einem Mitglied des Bundesvorstandes. Der IAK kann jederzeit weitere stimmberechtigte Mitglieder mit der Mehrheit der anwesenden Stimmen kooptieren.

Der IAK ist verantwortlich für die inhaltliche Ausgestaltung der internationalen Beziehungen.

Der Bundesvorstand stellt dem IAK ausreichend Mittel für jährlich vier IAK-Treffen (100 Tagessätze zzgl 50 Fahrtkostenerstattungen abzgl 50 Teilnahmebeiträge zu je 30 DM), für Verschickung von Einladungen und Protokollen (500 DM), für Publikationen (500 DM) und für Kommunikationskosten (500 DM) zur Verfügung.

Der IAK verwendet die Mittel eigenverantwortlich und entsprechend der Förderungsrichtlinien.

Der Bundesvorstand benennt, sofern dies nicht durch die BDK erfolgt ist, ein für die internationalen Kontakte verantwortliches Mitglied. dieses ist für die materielle Durchführung der internationalen Kontakte verantwortlich.

Die BDK bestätigt die beschlossenen Richtlinien zur Teilnahme an internationalen Begegnungen der Jungdemokraten und beauftragt den Bundesvorstand mindestens vierteljährlich eine Übersicht der anstehenden internationalen Begegnungen an die Landesverbände, den IAK-Verteiler und Interessierte zu schicken. Die Kosten für den Versand werden nicht aus den o.g. Mitteln des IAK bestritten."

Anlage 8:

Jugendgästehaus Moskau

Die Deutschen Jungdemokraten unterstützen das Projekt der Moskauer Partnerorganisation "international discussion club" zur Errichtung eines Jugendgästehauses in Moskau.

Anlage 9:

Kolonialismus

Am 12.10.1992 feiern die USA (und mit ihnen wohl auch Teile Westeuropas) den 500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas. die indianischen Nationen begehen dieses Datum als allgemeinen Trauertag, denn für sie bedeutete die Kolonialisierung Ausbeutung, Vertreibung, Verfolgung und auch Ausrottung - und das bis heute.

Die JungdemokratInnen beteiligen sich an der Kampagne "500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand" und tragen mit ihrer Arbeit dazu bei, die Geschichte und Auswirkungen des Kolonialismus bis heute, sowie die Kämpfe der Befreiungsbewegung in die Öffentlichkeit zu tragen. Mit Seminaren, sowie Informationsveranstaltungen und Aktionen vor Ort machen JungdemokratInnen auf dieses Problem aufmerksam.

Internationales

In der heutigen Welt verschärfen sich zunehmend die Gegensätze zwischen arm und reich. Und dieses wird auch im internationalen Gefüge immer deutlicher. Seit der Beendigung des Ost-West-Konfliktes tritt der Nord-Süd-Konflikt, der Gegensatz zwischen den armen Ländern der sogenannten "Dritten Welt" und den reichen Industrienationen, stärker in den Vordergrund. Doch diese Kluft zwischen arm und reich ist nicht nur in den internationalen Beziehungen wahrnehmbar, auch innerhalb der Gesellschaften in der "Dritten Welt" verschärfen sich die sozialen Gegensätze. Die von den Industrienationen betriebene Entwicklungspolitik hat zwar dazu geführt, daß die UNO-Organisationen, Regierungen und internationale Finanzunternehmen steigende Wachstumsraten in der Wirtschaft registrieren, aber diese Bilanzen ignorieren, daß gerade durch sie zunehmend Menschen ihre Existenzgrundlage verloren haben und verlieren. Sie hat dazu beigetragen, daß heute wesentlich mehr Menschen in den Ländern der "Dritten Welt" unterhalb des Existenzminimums leben als vor Beginn der Entwicklungshilfestrategien seitens der Industrienationen. Die Zerstörung der traditionellen Produktionsweisen und landwirtschaftlichen Strukturen haben zu Landflucht, Vergrößerung der Slums in den Randgebieten der großen Städte und Massenerwerbslosigkeit geführt. Durch die Zerstörung der Subsistenzwirtschaften verloren Tausende ihre Existenzgrundlage auf dem Lande, durch die Einführung neuer Technologien wurden oftmals gerade die Arbeitsplätze vernichtet, die die Ärmsten der Armen innehaben. Profitiert haben in der Regel nur diejenigen, die ohnehin schon reich waren.

Besonders hart von dieser Entwicklung sind die Frauen dieser Länder betroffen. Sie erhalten (wenn überhaupt) eine wesentlich schlechtere (Schul)Ausbildung. Dadurch sind ihre Chancen einen guten Arbeitsplatz zu finden wesentlich schlechter als die von Männern. Wesentlich mehr Frauen als Männer sind erwerbslos. Arbeitslos sind diese Frauen jedoch nicht. Wie die UNO-Frauenkonferenz 1985 in Nairobi feststellte, leisten Frauen weltweit zwei Drittel der Arbeit, erhalten aber nur etwa ein Zehntel des Welteinkommens und besitzen weniger als ein Prozent des Weltvermögens. Insbesondere in den Ländern der "Dritten Welt" arbeiten Frauen in schlecht bezahlten und sozial nicht abgesicherten Jobs. Viele von ihnen müssen von ihrem geringen Einkommen nicht nur sich selbst, sondern auch ihre Kinder ernähren. Ihre Arbeitsbedingungen sind katastrophal, sexuelle Gewalt ihr (Arbeits-)Alltag. Laut der Weltgesundheitsbehörde (WHO) leidet die Hälfte der Frauen der "Dritten Welt" an Blutarmut als Folge eines Mangels eines oder mehrerer unentbehrlicher Nahrungsstoffe.

Nicht nur die, allen patriarchalen Gesellschaften gemeinsame, allgemeine Geringschätzung von Frauen ist die Ursache für die ungleich schlechtere Situation der Frauen in diesen Ländern. Hinzu kommt oft noch eine gesetzliche Benachteiligung, die es den Frauen zusätzlich erschwert, eine gesicherte Existenzgrundlage aufzubauen. Diese besteht u.a. in der Benachteiligung von Frauen im Erbrecht, der Verweigerung von Krediten und Fortbildungsmaßnahmen für Frauen.

Angesichts dieser Situation wird deutlich, daß die bisherige Entwicklungshilfe ihre angeblichen Erfolge auf dem Rücken der Ärmsten der Armen und insbesondere der Frauen erworben hat. Statt die Situation der Menschen als Gradmesser für die Erfolge zu machen, wurden und werden die Wachstumsraten der Wirtschaft gemessen - ohne zu gucken, wer denn die Profite einstreicht. Meist haben auch die Regierungen dieser, oft hoch verschuldeten, Länder keine Möglichkeiten, durch politische Schritte die Situation zu verändern. Denn der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank knüpfen Bedingungen (Verpflichtung Subventionen und/oder Handelsbeschränkungen abzubauen) an die Vergabe und/oder Stundung von Krediten - und sie betrachten die wirtschaftlichen Wachstumsraten als Erfolgsmaßstab. Damit tragen sie mit dazu bei, daß sich zum einen die sozialen Ungerechtigkeiten innerhalb der Länder der "Dritten Welt" weiter verschärfen, zum anderen zementieren sie die Ausbeutung dieser Länder (Rohstoffexporte, Exporte landwirtschaftlicher Produkte aus Monokulturen etc.) durch die Industrienationen. Kurz und knapp: Der Reichtum der Industrienationen beruht eben auch auf der Armut in der "Dritten Welt".

Die Ausbeutung der Frauen dieser Länder kennt keinerlei Grenzen. Jährlich treibt die Notwendigkeit das eigene Überleben (und oft auch das der Familie) zu sichern, hunderttausende Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika in die Prostitution. Zehntausende Mädchen und Frauen werden jährlich (z.T. von den eigenen Eltern) an Bordelle, internationale GangsterInnenringe¹, einzelne ZuhälterInnen etc. verkauft. Ein Teil dieser Frauen wird über wiederbelebte koloniale Handelswege nach Europa (und natürlich auch in die Bundesrepublik) geschafft. Dort werden diese Frauen in der Regel entweder über Heiratsvermittlungsinstitute an den Mann gebracht oder sie müssen in der Sexindustrie (Bordelle, Peep-Shows, Porno-Industrie etc.) arbeiten. Viele Frauen werden auch unter der Vorspiegelung falscher Tatsachen (Aussicht auf eine gute Heirat oder eine gut bezahlte Stellung) nach Europa gelockt. Dort angekommen, werden die Frauen meistens stark mißhandelt und zur Prostitution (und zum Drogenkonsum) gezwungen. Sie leben meistens völlig isoliert, sprechen nicht die Landessprache und haben so

¹ Auch Frauen sind, wenn auch in geringem Maße, an diesen Verbrechen beteiligt.

keine Möglichkeiten sich aus diesen Gewalt- und Lebensverhältnissen zu befreien.

Doch auch die Frauen, die in den Ländern der "Dritten Welt" bleiben (oft werden sie allerdings von einem Land ins andere verkauft), haben selten Alternativen. Insbesondere Frauen aus schlechten sozialen Verhältnissen haben unter Gewalt zu leiden. Und diese Gewalt hat viele Gesichter: So müssen z.B. die Hausangestellten in Afrika und Lateinamerika ihren Arbeitgebern in jeder Hinsicht dienstbar sein. Weigern sie sich, müssen sie mit einer Kündigung rechnen (und verlieren damit ihre Existenzgrundlage) und haben oft auch noch eine Falschanzeige am Hals.

Das Ausmaß der Prostitution hat in den Ländern der "Dritten Welt" in den letzten Jahrzehnten enorm zugenommen. In vielen dieser Länder waren Frauenhandel und Prostitution unbekannt oder strengen traditionellen Normen unterworfen. Prostitution und Frauenhandel sind eine Folge der Kolonialisierung, der Kriege der EuropäerInnen in der "Dritten Welt" und der Zerstörung der traditionellen gesellschaftlichen Strukturen. Oftmals ist die Einrichtung US-amerikanischer Militärbasen der Stein des Anstoßes zum Bau von Bordellen etc., so wie zum Beispiel in Vietnam, (Süd)Korea, auf den Philippinen, Curaçao etc. Den Militärs folgt der Sextourismus. Laut der Welt-Tourismus-Organisation reisten 1983 30 Millionen Menschen in die "Dritte Welt". Die bevorzugten Ziele des Sextourismus sind u.a. in Südostasien Thailand, die Philippinen, Sri Lanka, Teile Indiens, Taiwan, Macao, Südkorea; in Lateinamerika die Karibik und Brasilien; in Afrika Tunesien, Kenya, Senegal, Gambia, Togo und gewisse Anrainerstaaten Südafrikas. Die SextouristInnen² kommen vor allem aus Westeuropa, Nordamerika, Australien, dem weißen Südafrika, den Ölländern des Nahen Osten und aus Japan.

Die entscheidenden Fragen, die wir uns stellen müssen sind: Wer profitiert von der sexuellen Ausbeutung der Frauen in der "Dritten Welt"? und welche Möglichkeiten gibt es, dieses Problem zu beseitigen? Eines ist klar: Weder der Frauen- und Mädchenhandel, noch der Boom der Prostitution in den Ländern der "Dritten Welt" sind nicht denkbar ohne die internationalen Mädchen- und FrauenhändlerInnenringe, die oft von den Behörden der Länder ignoriert oder sogar unterstützt werden, die ZuhälterInnen, die Tourismusbranche - und die KundInnen! Und insbesondere letztere leben u.a. bei uns. Solange in der Bundesrepublik dubiose Heiratsagenturen Frauen aus der "Dritten Welt" für 5000 - 10000 DM "vermitteln" dürfen und dafür auch noch öffentlich Werbung machen können, solange die (meist versteckte und verklausulierte) Werbung mit Billigsex in der "Dritten Welt" in Reiseprospekten, trotz eindeutiger Werbeverbote für Prostitu-

² Frauen sind auch hier in der deutlichen Minderheit.

tion³, möglich ist, solange nicht die ZuhälterInnen etc., sondern die Frauen, die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen in die Bundesrepublik kommen und hier zur Prostitution gezwungen, bestraft und abgeschoben werden, solange müssen wir alles tun, um diese Mißstände öffentlich zu machen und die PolitikerInnen dazu zu zwingen wirkungsvolle Maßnahmen gegen diesen Mißstand zu ergreifen.

Die JungdemokratInnen NRW fordern vor dem Hintergrund der Situation (der Frauen) in der sogenannten "Dritten Welt", daß die Bundesregierung ab sofort keine Entwicklungs"hilfe"projekte mehr unterstützt, die traditionelle Produktionsweisen und landwirtschaftliche Subsistenzwirtschaften zerstören. Alle Projekte, die so zur weiteren Verelendung großer Teile der Bevölkerung und damit zur Verschärfung der Gegensätze zwischen arm und reich beitragen werden sofort gestoppt. Stattdessen werden Projekte initiiert und unterstützt, die es den Ärmsten der Armen ermöglichen eine gesicherte Existenz aufzubauen. Dabei muß sichergestellt werden, daß derartige Projekte wie z.B. Alphabetisierungskampagnen, (Fort)Bildungsmaßnahmen, Kredite zum Aufbau selbstständiger Existenzgrundlagen oder dezentraler, selbstverwalteter Projekte, mindestens zu 50% Frauen zugute kommen.

Importe aus Billiglohnländern werden mit Extrazöllen belegt, wenn die Löhne in diesen Ländern nicht mindestens bei 50% der hier üblichen Löhne für gleiche oder vergleichbare Arbeit liegen. Diese Extrazölle fließen ausnahmslos in Projekte zum Abbau sozialer Ungerechtigkeit in der "Dritten Welt". Dieses ist ein erster(!) Schritt, den Mißstand zu beseitigen, daß unser Reichtum auf der Armut der "Dritten Welt" basiert. Produkte, die aus Rohstoffen bestehen, die aus der "Dritten Welt" importiert wurden, müssen mit Abgaben belegt werden, die ebenfalls zum Abbau sozialer Ungerechtigkeit in den Herkunftsländer verwendet werden müssen. Auch bei der Verwendung der Extra-Zölle und Abgaben muß sichergestellt werden, daß mindestens 50% der Gelder Frauen zugute kommt.

Die JungdemokratInnen NRW fordern, daß die Werbung mit Billigsex in der "Dritten Welt" seitens der Tourismusindustrie ab sofort verboten wird, beziehungsweise bestehende Verbote mit drastischen Strafen durchgesetzt werden. Dabei geht es nicht nur darum, die direkte Werbung zu verbieten, sondern auch verklausulierte, indirekte Werbung für Prostitution zu verhindern. Entsprechende (hohe) Geldstrafen müssen ohne Einschränkung Projekten zufließen, die Frauen der "Dritten Welt" darin unterstützen eine gesicherte Existenz aufzubauen.

Dem weltweiten Handel mit Mädchen und Frauen (aus der "Dritten Welt") muß endlich Einhalt geboten werden! Deswegen fordern die JungdemokratInnen

³ § 120 Ordnungswidrigkeitengesetz

NRW, daß die Bundes- und Länderregierungen wirksame Maßnahmen ergreifen, um den Mädchen- und Frauenhandel in der Bundesrepublik zu verbieten und dieses Verbot durchzusetzen. Die JungdemokratInnen fordern konkret, daß die Bundesrepublik sofort der UNO-Konvention von 1949 gegen Menschenhandel und Prostitution beitrifft. Der Handel mit Frauen und Mädchen durch "Heiratsagenturen" ist sofort zu stoppen. Ein möglicher Schritt zur Durchsetzung dieses Verbotes ist die Festlegung von Höchstgrenzen für die "Vermittlungsgebühren", die es keiner dieser Agenturen erlaubt Profit aus dieser Form des Menschenhandels zu ziehen. Die Gesetze, die es Frauen aus der "Dritten Welt" unmöglich machen, sich aus Gewaltbeziehungen zu lösen, müssen abgeschafft werden. Das heißt u.a. alle Frauen aus der "Dritten Welt", die mit einem Bundesdeutschen verheiratet sind, müssen eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung und eine unbeschränkte Arbeitserlaubnis erhalten. Beides darf nicht mit der Beendigung der Ehe erlöschen. Frauen aus der "Dritten Welt", die illegal in die Bundesrepublik eingeschleust werden und meistens in der bundesdeutschen Sexindustrie arbeiten (müssen), dürfen nicht einfach ausgewiesen werden. Statt die Frauen zu bestrafen und den Menschenhandel unbestraft zu lassen, müssen diejenigen zur Verantwortung gezogen werden, die davon profitiert haben/profitieren: BordellbesitzerInnen, Mädchen- und FrauenhändlerInnen...

Die Bundes- und Länderregierungen entwickeln Programme, die den vom Mädchen- und Frauenhandel betroffenen Frauen helfen, bei einer eventuellen freiwilligen Rückkehr in ihre Länder eine abgesicherte Perspektive bieten. Diese Programme könnten u.a. durch Beschlagnahme der Gewinne aus dem Menschenhandel finanziert werden.

Alleine reichen derartige Maßnahmen lange nicht aus. Denn solange Sextourismus, Frauenhandel und Prostitution in unserer Gesellschaft totgeschwiegen werden - oder falls das Thema mal auf den Tisch kommt, die Frauen dafür verantwortlich gemacht und diskriminiert werden - solange wird sich im gesellschaftlichen Bewußtsein nichts ändern. Deswegen fordern die JungdemokratInnen NRW von den Bundes- und Länderregierungen, alle diejenigen Projekte, Initiativen und Organisationen zu unterstützen, die gegen die (sexuelle) Ausbeutung der Frauen der "Dritten Welt" aktiv sind, insbesondere die Arbeitsgemeinschaft gegen sexuelle und rassistische Ausbeutung (AGISRA) und Terre des femmes. Die JungdemokratInnen NRW fordern von den Bundes- und Länderregierungen, daß sie in Zusammenarbeit mit diesen Organisationen, sowie mit Selbsthilfeprojekten von Frauen in den Ländern der "Dritten Welt" eine umfassende Aufklärungs- und Informationskampagne starten. Teil dieser Kampagne muß die Situation der Frauen in der "Dritten Welt", sowie die Geschichte, die Ursachen und das Ausmaß von Mädchen- und Frauenhandel, Prostitution und Sextourismus sein.

Die JungdemokratInnen NRW werden aber nicht abwarten, bis sich ihre Forderung von alleine in Erfüllung gehen. Mit Veranstaltungen und Aktivitäten vor Ort wollen wir über die Hintergründe, Ausmaß und Ursachen von Frauenhandel, Sextourismus und Prostitution aufklären. Dabei arbeiten die JungdemokratInnen NRW mit (eventuell) bestehenden (Selbsthilfe)Organisationen vor Ort zusammen.

Anlage 11:

Visabefreiung von Polen

Die Jungdemokraten fordern die Bundesregierung auf, unverzüglich die Ankündigung der Visabefreiung für polnische Staatsbürger umzusetzen.

Der Verweis auf das Abstimmungsverfahren mit den Mitunterzeichnern des "Schenger Abkommens" erweißt sich, wie auch im Falle der Asylgesetzgebung, als Versuch, bestehende Gesetze und Verordnungen im Sinne einer restriktiven Ausländerpolitik zu verschärfen und anderslautende Absichtserklärungen nicht umsetzen zu müssen.

Wer jahrelang - zu recht - Bewegungs- und Reisefreiheit eingefordert hat und heute nicht einmal mit den direkten Nachbarstaaten eine gegenseitige Visabefreiung vereinbaren will, nutzt offensichtlich Menschen- und Bürgerrechte nur als Mittel im politischen Kampf, statt im politischen Kampf für diese Recht einzutreten."

Anlage 12:

Unabhängigkeit Sahrauis

Wir unterstützen den Kampf der Sahrauis um staatliche Unabhängigkeit.

Wir treten für die Durchsetzung der Resolution 44/88 der Vereinten Nationen vom 11.12.1989 ein, die feststellt, daß die Westsahara bis zum Ausgang des Referendums unter der Verwaltung der UNO gestellt wird.

Desweiteren treten wir für die diplomatische Anerkennung der DARS durch die Bundesrepublik Deutschland ein.

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, unverzüglich Kontakt mit der Vertretung der POLISARIO in Bonn sowie der Gesellschaft der Freunde des sahrauischen Volkes aufzunehmen. Dabei sollen die Möglichkeiten des Austausches mit sahrauischen Jugendlichen im Mittelpunkt stehen.

Internationale Partner

1) In der internationalen Arbeit des Bundesverbandes wird den Kontakten zu den folgenden Jugendorganisationen Priorität eingeräumt (die Reihenfolge ist beliebig):

- a) International discussion club / next stop, Moskau, UdSSR
- b) NZS, Polen
- c) Ratz, Israel
- d) JCDS, Spanien
- e) Jonge Demokraten
- f) ANJ
- g) DWAS (Alte PSJG)

2) Bundesvorstand und IAK werden beauftragt sich um Partnerorganisationen in den folgenden Ländern (die Reihenfolge ist beliebig) zu bemühen, mit denen materiell und inhaltlich ein gleichberechtigter Kontakt und Austausch möglich ist (dies umfasst natürlich auch die Intensivierung bereits bestehender Kontakte):

- a) CSFR
- b) Frankreich
- c) USA
- d) Bulgarien und/oder Rumänien
- e) Türkei/Kurdistan

3) Bundesvorstand und IAK werden beauftragt sich um Kontakte zu Jugendorganisationen aus den folgenden Ländern bzw. Regionen (die Reihenfolge ist beliebig) zu bemühen, mit denen ein gleichberechtigter Austausch möglich ist (dies umfasst natürlich auch die Intensivierung bereits bestehender Kontakte):

- a) Palästina
- b) Afrika
- c) Lateinamerika

4) Der Bundesvorstand wird beauftragt, die Kontakte zu folgenden bisherigen Partnerorganisationen zu kündigen, sofern die Kontakte nicht bereits durch die Auflösung der bisherigen Partnerorganisation als beendet betrachtet werden müssen (die Reihenfolge ist beliebig):

- a) FDJ, Ex-DDR
- b) UTC, Rumänien
- c) gazeta mlodych, Polen
- d) ZSMP, Polen

e) AMMI, UdSSR

5) Bundesvorstand und IAK werden beauftragt dem Bundeshauptausschuß noch in 1991 Beschlußvorschläge zur Fortsetzung der Kontakte zu den folgenden Partnerorganisationen (Reihenfolge ist beliebig) vorzulegen:

- a) YDA, USA
- b) JSD, Portugal
- c) zu allen bisherigen niederländischen Partnern
- d) KMO, UdSSR
- e) SM, CSFR
- f) UMD, Polen
- g) DKMS, Bulgarien
- h) narodna mladesch, Bulgarien.

Die Beschlußvorschläge sollten die folgenden Kriterien berücksichtigen:

- inhaltliche Übereinstimmung bzw. Nähe
- materielle und inhaltliche Möglichkeiten des Partners und der DJD
- Interesse innerhalb der Jungdemokraten an diesem Partner bzw. an Kontakten zu einer Organisation in diesem Land."

Arbeitsprogramm

In dem Wissen,

- daß es sich bei der Arbeit im Bundesverband um eine personalaufwendige Arbeit handelt,
- daß es im kommenden Jahr besonders notwendig sein wird, durch politischen Druck die finanzielle Unterstützung der Bundesverbandsarbeit durch RPJ-Gelder weiter zu erhalten,
- daß die inhaltliche Arbeit der Landesverbände bei besserer Koordination viel zum inhaltlichen Profil des Bundesverbandes beitragen kann,
- daß die internationale Arbeit, die wesentlicher Schwerpunkt der Bundesverbandsarbeit ist, nur durch intensive Mitarbeit der Landesverbände geleistet werden kann,

gibt die Bundesdelegiertenkonferenz dem zu wählenden Bundesvorstand folgende Prioritäten für die Arbeit mit auf den Weg:

- 1.) Die Förderung durch RPJ-Mittel muß weiterhin gewährleistet sein. Der Bundesvorstand setzt die ihm zur Verfügung stehenden Mittel dafür ein.
- 2.) Jungdemokraten streben die Vereinigung mit der MJV-Jungen Linke noch in diesem Jahr an. Absolute Priorität der zu finanzierenden Maßnahmen genießt der Vereinigungskongreß einschließlich der a.o. BDK. Angestrebt wird ein Termin im Herbst, sofern der Verhandlungsstand dies ermöglicht. Die Vereinigung mit MJV-Junge Linke wird durch die vom Bundeshauptausschuß eingesetzte Verhandlungskommission und den Bundesvorstand vorbereitet und vom BHA begleitet.
- 3.) Die internationale Arbeit, koordiniert durch den/die im Bundesvorstand Verantwortlichen und den Bundesarbeitskreis Internationales, bleibt weiterhin wesentlicher Bestandteil der Arbeit.
- 4.) Tendenz wird weiterhin viermal im Jahr erstellt.
- 5.) Mit folgender Priorität werden Bundesarbeitskreise eingerichtet, sofern diese finanzierbar sind: BAK Schüler, BAK Grund- und Freiheitsrechte (umfaßt auch KDV).

Angesichts der Lage des Bundesverbandes werden folgende Posten im Bundesvorstand besetzt:

Vorsitz
Finanzen
Tendenz
Internationales
Schüler
Grund- und Freiheitsrechte

Es wird angestrebt die Bereiche Internationales und Finanzen doppelt zu besetzen.

Alle Aktivitäten des Bundesverbandes werden anhand der finanziellen Voraussetzungen des Bundesverbandes unter besonderer Berücksichtigung der eventuell auf uns zukommenden Zuschußkürzungen entschieden. Selbstverständlich bedeutet dies auch, daß bei besserer personeller Situation und einer geklärten finanziellen Ausgangslage weitere Projekte in Angriff genommen werden können.

Der Begriff parteiunabhängig soll in der Außendarstellung des Verbandes eine zentrale Rolle spielen.

Anlage 15:

Kriegsdienstverweigerung

Während am Persischen Golf der Krieg tobt, der nur den Machtinteressen der westlichen Industrienationen dient, versucht sich nun auch Großdeutschland wieder einmal als Militärmacht zu profilieren. Waffen werden (von der Patriot-Rakete bis zum U-Boot) an Israel geliefert und die Grundgesetzänderung, die den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebiets ermöglichen soll, wird offensiver denn je befürwortet.

In dieser Situation gibt es nur eins: Laut und deutlich klarmachen, daß dies mit uns nicht geht. Widerstand gegen diese menschenverachtende Politik ist nötiger denn je. Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein.

Eine Möglichkeit, NEIN zu sagen, ist die Kriegsdienstverweigerung. Es muß massenhaft KDV geben, damit deutlich wird, daß wir keinerlei Unterstützung für militaristische Politik leisten wollen.

Wir als politischer Jugendverband müssen dies auf vielen politischen Ebenen deutlich zum Ausdruck bringen. Gerade jetzt ist eine KDV-Kampagne unbedingt erforderlich. Die Kampagne soll folgende Inhalte umfassen:

- Seminare, auf denen über KDV diskutiert und informiert, sowie konkrete Aktionen geplant werden, die auch in den Kreisverbänden durchführbar sind.
- Seminare, auf denen KDV-BeraterInnen geschult werden, damit wir vor Ort KDV-Beratung anbieten können.
- Flugblätter, Plakate und andere Materialien zu KDV
- Ausbau der Bündnisarbeit z.B. mit der DFG/VK. Nur in breiten Bündnissen ist es möglich, massenhafte Kriegsdienstverweigerung zu erreichen und sich innerhalb der Friedensbewegung nicht zu verzetteln.

Zahlreich verweigern - jetzt erst recht !

Anlage 16:

Bund für soziale Verteidigung (BSV)

Die Jungdemokraten beantragen die Mitgliedschaft im "Bund für Soziale Verteidigung" (BSV) und abonnieren deren Diskussionsforum.

tendenz 1/92

33

Einladung zur BDK 92

Liebe Freundinnen und Freunde!

Hiermit lade ich Euch herzlich zur ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz des Bundesverbandes der Jungdemokraten, radikaldemokratischer Jugendverband e.V. vom 20.-22. März 1992 im "Falken-Heim" in Oer-Erkenschwick (in der Nähe von Recklinghausen) ein.

Die Konferenz beginnt am 20. März um 18 Uhr und endet - sofern die BDK nichts anderes entscheidet - am 22. März um 15 Uhr. Wegen der Vereinigung mit der Marxistischen Jugendvereinigung "Junge Linke" wird der Bundesvorstand eine außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz für den 21./22. März am gleichen Ort einladen. Für diese geht Euch noch eine gesonderte Einladung zu.

Die näheren Umstände (Wegbeschreibung, TNB, Arbeitskreise) werden Euch zusammen mit der ersten Aussendung der Anträge zugehen.

Eine schriftliche Anmeldung ist nötig.

Vorschlag der Tagesordnung:

1. Formalia (Eröffnung, Wahl eines Präsidiums, Feststellung der Beschlußfähigkeit, Beschlußfassung über die endg. Tagesordnung)
2. Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes und Aussprache darüber
3. Entlastung des Bundesvorstandes
4. Anträge
 - Sachanträge
 - Satzungsänderungen
5. Wahlen des Bundesvorstandes, des Schiedsgerichtes, der MPK etc.
6. Schlußwort des/der neuen Bundesvorsitzenden

Wie immer ist die BDK öffentlich. Antragsschluß ist der 7.2.1992. Ich würde mich sehr freuen, Euch zahlreich und pünktlich auf unserer Bundesdelegiertenkonferenz begrüßen zu können.

Mit radikaldemokratischen Grüßen

gez. **Frank Oliver Sobich**
(Bundesvorsitzender der Jungdemokraten)

- Zur Bundesdelegiertenkonferenz 1992 in Oer-Erkenschwick melde ich mich hiermit verbindlich an.
- Ich möchte am Freitag umUhr in Recklinghausen am Bahnhof abgeholt werden.
- Ich will vegetarisches Essen haben.
- Ich will in Zukunft regelmäßig Seminareinladungen.
- Ich will Euch hiermit nur meine neue Adresse mitteilen.

Name:.....Straße:.....

PLZ/Ort:.....Telefon:.....

Geburtsdatum:.....Beruf:.....

ich bin Mitglied

ich bin Nicht-Mitglied

ich wäre gerne Mitglied

.....
Datum, Unterschrift

- Zur Bundesdelegiertenkonferenz 1992 in Oer-Erkenschwick melde ich mich hiermit verbindlich an.
- Ich möchte am Freitag umUhr in Recklinghausen am Bahnhof abgeholt werden.
- Ich will vegetarisches Essen haben.
- Ich will in Zukunft regelmäßig Seminareinladungen.
- Ich will Euch hiermit nur meine neue Adresse mitteilen.

Name:.....Straße:.....

PLZ/Ort:.....Telefon:.....

Geburtsdatum:.....Beruf:.....

ich bin Mitglied

ich bin Nicht-Mitglied

ich wäre gerne Mitglied

.....
Datum, Unterschrift